



Gemeinsame Pressemitteilung des DBB Kreisverbandes Münster und der DPoIG Münster

Die Deutsche Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund (DPoIG) unterstützt ausdrücklich die Bemühungen der Polizei Münster bei der Standortsuche für die Errichtung eines neuen Polizeipräsidiums und die laufenden Planungen der eingesetzten Projektgruppe. „Die aktuelle Raumbelastung und Unterbringung der Kolleginnen und Kollegen in völlig veralteten und zu kleinen Gebäuden lassen schon jetzt keine effiziente Arbeit zu. In den nächsten Jahren ist mit einem deutlichen Personalzuwachs zu rechnen. Die räumliche Trennung, auch der Direktionsleitungen, kostet zudem Zeit und lässt die notwendige Effektivität einer reaktionsschnellen und modernen Polizei vermissen.“, so Andre Middrup, Kreisverbandsvorsitzender der DPoIG in Münster.

Bei der, von der Gewerkschaft der Polizei veranstalteten Podiumsdiskussion, unter Beteiligung der im Rat der Stadt Münster vertretenen politischen Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP, sagten die entsandten Vertreter ausnahmslos ihre Unterstützung bei dem Neubauvorhaben zu. „Jetzt ist die Verwaltung der Stadt Münster gefragt, sehr zeitnah geeignete und zentrale Flächen zu identifizieren, welche die bekannten Anforderungen für den Bau eines zukunftsfähigen Polizeipräsidiums erfüllen.“

Die Zeit drängt, da die von der Landesregierung zugesagten Mittel nur für einen begrenzten Zeitraum zu Verfügung stehen.“, ergänzt Michael Habeck, Stellvertretender DPoIG Vorsitzender in Münster. Die aktuell diskutierte Fläche am Hafen wäre auch aus Sicht der DPoIG der beste bisher ermittelte Standort.

Auch der Kreisvorsitzende des Deutschen Beamtenbundes in Münster, Meik Bruns, stellt sich hinter diese Forderung: „Für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt ist eine gut funktionierende Polizei, gerade bei der heutigen Sicherheitslage extrem wichtig. Gute Erreichbarkeiten und schnelle Einsatzreaktionszeiten tragen zur Stärkung des Sicherheitsgefühls bei. Aus diesem Grund unterstützt der Deutsche Beamtenbund mit seinen 35 Mitgliedsgewerkschaften die Forderung nach einer zentralen Örtlichkeit für die Errichtung eines neuen Polizeipräsidiums“.

Verantwortlich: Michael Habeck für die DPoIG und den dbb Münster

Hintergrundinformationen

Schon seit Anfang des Jahres gibt es zwischen Stadt und Polizei Gespräche über den Neubau des Polizeipräsidiums in Münster. Das hat die Stadtverwaltung Münster jetzt auf Anfrage der Grünen Ratsfraktion mitgeteilt. Ein Spitzengespräch zwischen Oberbürgermeister Markus Lewe und Polizeipräsident Hajo Kuhlisch folgte im Februar, im gleichen Monat trafen sich zwei Mal Vertreter von Polizei und Wirtschaftsförderung. Bereits damals habe die Wirtschaftsförderung klar gemacht, dass ein von der Polizei favorisiertes Grundstück im Stadthafen 2 „für eine vertiefte Prüfung nach gegenwärtigem Beurteilungs- und Kenntnisstand“ nicht in Betracht komme. Dies hatte dann später auch Oberbürgermeister Markus Lewe per Twitter mitgeteilt – und dafür unter anderem von den Gewerkschaften Kritik geerntet.

20.000 Quadratmeter Nutzfläche benötigt

Laut Verwaltung benötigt die Polizei rund 20.000 Quadratmeter Nutzfläche auf einem 35.000 bis 45.000 Quadratmeter großen Grundstück. Dort sollen unter anderem 900 Stellplätze,

Übungsflächen sowie „weitere Nebenflächen in erheblichem Umfang“ für Kfz-Werkstatt, Kantine und Sporthalle Platz finden. Die Baukosten liegen nach Informationen der Westfälischen Nachrichten bei rund 150 Millionen Euro. Verschiedene Flächen waren laut Stadt Gegenstand der ersten Erörterungen – darunter das Hafengelände und das Areal des Landesamtes für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP) an der Weseler Straße. Der Polizeipräsident hatte am Dienstag klargestellt, dass es an der Weseler Straße keinen Platz für ein Präsidium gebe, da das LAFP dringend mehr Fläche benötige.

Die Polizei will nach Bezug eines neuen Präsidiums ihre Standorte am Friesenring, an der Moltkestraße sowie an Hammer und Weseler Straße aufgeben, berichtete der zuständige Projektleiter in dieser Woche. Für den Wachbereich Nord soll es eine Neuanmietung geben.

Quelle: Martin Kalitschke, Westfälische Nachrichten Münster